

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 – CCS-Projekt mit RWE stoppen

Dazu sagt der umweltpolitische Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Detlef Matthiessen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 309.09 / 16.07.2009**

## Energiemix-Strategie aus Atom und Kohle gescheitert

Wenn der Ministerpräsident Carstensen es ernst meint mit seiner neuen Position zu CCS, die da lautet: Gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung soll es keine CO<sub>2</sub>-Verpressung geben, dann muss das Erkundungsprojekt für CO<sub>2</sub>-Lagerstätten von der Landesregierung und RWE-Dea auch endgültig abgebrochen werden.

Es war keine Überraschung für uns Grüne, dass sich die Menschen, deren Heimatboden ausgewählt wurde, um dort CO<sub>2</sub> zu verpressen, massiv wehren würden. Offensichtlich hatte die CDU nicht im Traum daran gedacht, dass ihre ländlichen Stammwähler wegen der CCS-Technologie auf die Barrikaden gehen. Sie haben unterschätzt: Nordfriesland oder auch Ost-Holstein oder Plön leben vom Tourismus und den erneuerbaren Energien.

Die CDU, die SPD und auch Peter Harry Carstensen waren davor noch klar auf einem Kurs für die CCS-Technologie ausgerichtet. Die Aufforderung an die Antragstellerin RWE-Dea, ihren Antrag zurückzuziehen, ist heute in Schleswig-Holstein politisch in allen Lagern durch. Mit dem SSW-Antrag wird dies zusätzlich jetzt auch parlamentarisch bekräftigt und abgesichert.

Im Übrigen behauptet die Bundestagsfraktion der SPD frank und frei, sie hätten gerne dieses CCS-Gesetz verabschiedet. Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit der SPD? In Kiel heißt es mannhaft, keine CO<sub>2</sub>-Verpressung und im Bund, in NRW und in Brandenburg, da ist es das genaue Gegenteil. Presseerklärung der SPD vom 2.7.09: „Das einzige, was bei CCS Bestand hat, ist die Haltung der Sozialdemokraten: Wir treten ohne Wenn

und Aber gegen die Deponierung von CO<sub>2</sub> in Schleswig-Holstein ein. Die SPD ist der Garant dafür, dass auch die Landesregierung dieses Ziel verfolgt.“

Auf Bundesebene hört sich das völlig anders an. Ihr so genannter Umweltminister Gabriel setzt voll auf Kohleverbrennung ebenso der Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier. Da ist CCS immer das Grüne Feigenblatt, das vor die hässliche Kohleverfeuerung in Großkraftwerken gehalten wird. Die SPD bleibt auch die Erklärung dafür schuldig, was sie unter dem Vorzug der Verwertung von CO<sub>2</sub>-Emissionen vor CCS-Technik versteht. Was heißt in diesem Zusammenhang Verwertung?

Noch ein Wort zur zukünftigen Energieerzeugung. In den Kieler Nachrichten vom 4. Juli war zu lesen, dass die Ostsee bis zu 4 Grad wärmer wird. Diese neue klimapolitische Schreckensmeldung hat das sicherlich unverdächtige Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie nach der Auswertung von Messungen mitgeteilt. Klimaschutz ist und bleibt eine zentrale politische Aufgabe. Das gilt gerade auch für Schleswig-Holstein.

Der Klimawandel bleibt die größte Bedrohung der Menschheit, deshalb dürfen keine Klimakiller in Form von neuen Kohlekraftwerken gebaut werden. Große Kraftwerke stehen einer Energiewende strukturell entgegen, weil sie technisch nicht in der Lage sind, ihre Leistung zu modulieren. Sie können ihre Erzeugung nicht dem jeweiligen Strombedarf anpassen. Die Folge ist: Es gibt entweder Windstrom oder Kohlestrom. Wir brauchen Strom dann, wenn der Wind nicht weht. Dazu leistet ein Großkraftwerk keinen Beitrag. CCS soll diese falsche Strategie legitimieren. Das ist die einzige Funktion.

Nach der Bundestagswahl kommt das Thema CCS wieder auf die politische Tagesordnung. Die EU hat eine CCS-Richtlinie verabschiedet, die in deutsches Recht umgesetzt werden muss. Sie vertrauen auf die Vergesslichkeit der Wähler, wenn das Gesetz am Anfang einer Legislaturperiode durchgezogen wird. Das ist ein vorweggenommener Wahlbetrug.

\*\*\*